

*Wir sind Optimisten - auf Basis der Realitäten.*

*Eine solidarische Gesellschaft in einer*

*intakten Umwelt ist unsere Vision - wo wir sie*

*gefährdet sehen, leisten wir Widerstand und*

*ergreifen Partei. Menschenrechte und*

### **Das Programm**

*Gewaltfreiheit, Demokratie und soziale*

### **der Vorarlberger**

*Gerechtigkeit sind unsere Werte.*

### **Grünen**

*Die Geschwindigkeit von Leben und*

*Arbeit schaffen*

*Wirtschaften hat sich dem Menschen und*

*Umwelt erhalten*

*der Natur anzupassen - niemals umgekehrt.*

*Zukunft gestalten*

*Was uns zusammenhält ist die Gewißheit,*

*auf dem richtigen Weg zu sein, und der Wille,*

*etwas zu bewegen.*

*Das ist die Kraft der Grünen.*

**Beschlußvorlage  
für die  
Vollversammlung  
am 23.4.1998**



## VORANGESTELLT

Die Vorarlberger Grünen haben sich der Anstrengung unterzogen, in einer breit angelegten Programmdiskussion zwischen Juni 1997 und April 1998 wesentliche Positionen grüner Politik zu formulieren. Das vorliegende Parteiprogramm ist die **Dokumentation eines Erkenntnis- und Diskussionsstandes**, beschränkt sich auf wesentliche Kernpunkte und gibt Auskunft darüber, worauf sich grüne Politik in Vorarlberg konzentriert. Das bedeutet nicht, daß andere politische Bereiche - wie etwa Schule und Bildung - unbearbeitet bleiben. Sie werden in bundesweiten Programmen bearbeitet. Die Umsetzung dieses Programmes verstehen die Grünen als fortlaufenden Prozeß, der sich gestaltet und konkretisiert im Dialog mit den Menschen und der Auseinandersetzung mit den Regierenden.

Der vorliegende Text versucht gegensätzlichen Ansprüchen gerecht zu werden: Grundsätzliches zu klären und doch konkret faßbar zu sein und darüber hinaus noch strukturiert und lesbar zu bleiben.

In den fünf Kapiteln

”**Arbeit und Umwelt**” - Das **Umwelt- und Wirtschaftsprogramm** der Vorarlberger Grünen

”**Grundsicherung und Soziales Netz**” - Das **Sozialprogramm** der Vorarlberger Grünen

”**Gleichberechtigung und Teilhabe**” - Das **Frauenprogramm** der Vorarlberger Grünen

”**Miteinander leben**” - Das **Familienprogramm** der Vorarlberger Grünen

”**Freiheit und Transparenz**” - Das **Kulturprogramm** der Vorarlberger Grünen

werden in jeweils vier Schritten **Begriffe definiert, Befunde erörtert, Prinzipien formuliert und Prioritäten festgelegt**. Es ist trotz der notwendigen Kürze unser Anspruch, mit diesem Programm unsere Positionen klar und präzise zu umreißen. Damit schaffen wir eine wesentliche Grundlage, um im politischen Kommunikationsprozeß deutlich wahrgenommen zu werden.

Dank gilt den vielen Menschen, die an der Entstehung dieses Programmes beteiligt waren, insbesondere denjenigen, die für einzelne Kapitel und für die Endredaktion verantwortlich zeichnen: **Christian Hörl** (Arbeit und Umwelt), **Ekkehard Muther** (Kultur und Gesellschaft, Redaktion), **Lisbeth Rohner** (Familie, Kultur und Gesellschaft, Redaktion), **Johanna Rohrer** (Frauen), **Johannes Rauch** (Grundsicherung und soziales Netz, Redaktion, Gesamtverantwortung), **Michael Schelling** (Redaktion) und **Katharina Wiesflecker** (Organisation des Prozesses).

## PRÄAMBEL

### I.

Wir sind zum Ausgang dieses Jahrhunderts mit einer globalen Entwicklung konfrontiert, der sich keine Region und kein Mensch entziehen kann: mit der Beschleunigung und dem rasanten Strukturwandel, die durch den Neoliberalismus weltweit durchgesetzt werden. Insbesondere seit 1989 hat sich das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit massiv zugunsten des Kapitals verschoben. Das Finanzkapital entzieht sich jeder Kontrolle. Der entfesselte Markt wird zur entscheidenden Instanz über Erfolg und Mißerfolg erhoben. **Demgegenüber fordern die Grünen Regulative zum Schutz der Natur, der sozial Schwachen und der Demokratie.**

### II.

**Grundlage jeder menschlichen Existenz ist die Natur.** Sie ist dies auch dort, wo sie - wie im Alpenraum - durch Jahrhunderte menschlichen Tätigseins Teil unserer Kultur geworden ist. Diese Grundlage zu bewahren und gegenüber den Gesetzen der Profitmaximierung zu verteidigen ist die nobelste Aufgabe der Grünen. Hier setzt Grüne Politik in erster Linie auf Widerstand gegen Beschleunigung und Ressourcenverbrauch, um die zunehmende Überforderung von Mensch und Natur einzubremsen.

### III.

**Die Perspektive der Grünen für das 21. Jahrhundert ist eine Wirtschaftsentwicklung, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet ist.** Das Prinzip der Nachhaltigkeit geht davon aus, daß Wirtschaften zum Wohle der Menschen und nur auf Grundlage einer intakten Natur, nachwachsender Ressourcen und einer friedlichen Gesellschaft möglich ist. Es ist das besondere Verdienst der Grünen, die enge Dialektik von Arbeit und Kapital um den Begriff der Natur erweitert zu haben.

- Eine Wirtschaftspolitik, die diese Kategorie nicht berücksichtigt, ist undenkbar geworden.

#### IV.

**Die Grundsätze der Grünen lauten: ökologisch, solidarisch, basisdemokratisch und gewaltfrei.**

Damit stehen die Grünen in einer mehrfachen Traditionsbeziehung zu den großen Ideologien des 19. Jahrhunderts: ihre Utopie ist sozialistisch, ihr Naturverständnis konservativ, ihre Gesellschaftspolitik liberal.

#### V.

In Weiterentwicklung der Tradition der historischen Linken vertreten die Grünen - neben der Gleichheit vor dem Gesetz - die **Gleichheit der Menschen** in ihrem Anspruch auf eine intakte Umwelt, auf soziale Sicherheit und auf Beteiligung am öffentlichen Leben. Insbesondere vertreten sie die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von Inländern und Ausländern. Innerhalb des Gleichheitsanspruchs sind Menschenrechte und Verteilungsgerechtigkeit die Schlüsselbegriffe grünen Politikverständnisses. Politik hat die Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen - unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter und Weltanschauung - in einer offenen Gesellschaft zu schaffen. Deren Eckpfeiler sind insbesondere die bedarfsorientierte Grundsicherung, der freie Zugang zu Bildung und die Freiheit der Kunst.

#### VI.

Auch in ihrem Verständnis von Wirtschaft gehen die Grünen vom prinzipiellen Anspruch auf Gleichheit aus. Dies bedingt die Herstellung von Chancengleichheit in den Wettbewerbsbedingungen für regionale Klein- und Mittelbetriebe gegenüber globalen Konzernen. Der neoliberalen Grundhaltung "Alles, was Erträge bringt, wird privatisiert, alle Verluste werden sozialisiert" treten die Grünen mit Entschiedenheit entgegen: Keine weitere Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Abwälzung der Kosten auf die Allgemeinheit und die Natur. Die Forderung nach **Einführung des Verursacherprinzipes** und die Anrechnung realer Kosten etwa im Straßenverkehr (Kostenwahrheit) und in der Emmissionsbekämpfung steht im Zentrum Grüner Umweltpolitik.

## VII.

In ihrem zweiten Jahrzehnt sind die Grünen zu einer wichtigen politischen Kraft geworden und haben ihren fixen Platz in der politischen Landschaft. Sie haben ein konsistentes Gedankengebäude erarbeitet, das vom Prinzip der Gleichheit der Menschen ausgeht und die Utopie einer solidarischen Gesellschaft anbietet, in der die **Wahrung der Menschenrechte, Gewaltfreiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit bestimmende Werte sind**. Daraus ergibt sich das Selbstverständnis der Grünen.

Damit ist - in Anbetracht der individuellen Unterschiede der Menschen - niemals Gleichmacherei gemeint. Dieser Überzeugung folgend, treten die Grünen gegen alle Versuche der Spaltung in In- und Ausländer, Frauen und Männer, Leistungsstarke und Schwache, Gesunde und Kranke, Behinderte und Nicht-Behinderte an.

## VIII.

**Die Grünen sehen in der Demokratie die Basis des modernen Staates.** Zentral dabei ist das aktive Eintreten für die Menschenrechte. Das Wohlergehen des einzelnen Menschen ist letztlich der Maßstab politischen Handelns. Die Grünen gehen vom **Volk als Souverän** und von der Freiheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger aus. Das schließt jede Art des Totalitarismus insbesondere Nationalsozialismus, Faschismus, Kommunismus, aber auch Monarchie oder andere oligarchische Herrschaftsformen aus. Das Staatsverständnis der Grünen ist ein republikanisches. Die Trennung von Kirche und Staat ist integraler Bestandteil dieser Konzeption und muß in Österreich konsequent und sauber vollzogen werden.

## IX.

**Der Staat fungiert im Verständnis der Grünen als Garant humaner gesellschaftlicher Rahmenbedingungen.** Dieser Aufgabe muß der Staat sich jederzeit und vollinhaltlich stellen. Aus diesem Grund erteilen die Grünen der neoliberalen Forderung nach Rückzug des Staates aus seinen sozialen und kulturellen Aufgaben ("weniger Staat, mehr privat") eine klare und deutliche Absage. Dem gleichzeitigen - Ruf nach einem starken Staat, wenn es um polizeiliche Befugnisse, militärische Ausrüstung oder Perfektionierung von Überwachung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger geht, treten die Grünen entschieden entgegen. Für ein friedliches und menschenwürdiges Zusammenleben braucht jede/r Einzelne einen humanen und gerechten Staat, der die Rechte der Einzelnen respektiert.

## X.

**Politik machen** bedeutet heute vor allem dreierlei: das Primat der Politik gegenüber wirtschaftlicher Macht zu behaupten, die Mechanismen von Machtausübung offenzulegen und die Gegenmacht der zivilen Gesellschaft zu stärken. Demnach stellt sich grüne Politik drei Aufgaben: ihre Konzepte vorzulegen, zu kommunizieren und Widerstand zu leisten und die Anwaltschaft für Anliegen der zivilen Gesellschaft zu übernehmen. Das Mittel, mit dem die Grünen diese Aufgaben bewältigen und die in diesem Programm definierten Ziele erreichen können, ist die Macht, die ihnen die Wählerinnen und Wähler leihen.

# ARBEIT UND UMWELT

## Das Umwelt- und Wirtschaftsprogramm der Vorarlberger Grünen

*“Nachhaltigkeit ist zu allererst die politische Entscheidung für einen grundlegenden öko-sozialen Umbau der Wirtschaft!”*

### ZUM BEGRIFF DES ÖKOSOZIALEN WIRTSCHAFTENS

Der Sektor der Geldwirtschaft und Erwerbsarbeit, im Wirtschaftsjargon auch gerne als Bruttosozialprodukt bezeichnet, ist im derzeitigen Bild von Wirtschaften das Maß aller Dinge. Er ist allerdings für unsere menschliche Existenz weitaus weniger wichtig als gemeinhin angenommen. Eine bessere Annäherung an die Wirklichkeit bietet die amerikanische Ökonomin Hazel Henderson, die die Struktur unseres Wirtschaftens so beschreibt:



Der **grüne Wirtschaftsbegriff** geht von dieser Annahme aus.

Der Begriff des **ökosozialen Wirtschaftens** markiert eine wesentliche Entwicklungsrichtung der Wirtschaftsdebatte. Während in der Vergangenheit die Welt der Arbeit und die Umwelt als Gegensätze wahrgenommen wurden, erkennen wir zunehmend, daß die Zukunft der Arbeit im Sinne schöpferischen menschlichen Tätigseins und eine lebensgerechte Umwelt sich unmittelbar ergänzen und bedingen.

Gerade unter den Bedingungen einer ökonomischen Dynamik und Beschleunigung, die menschliches Tätigsein und Umwelt gleichermaßen überfordert und entwertet, erkennen immer mehr Menschen, daß es dieselben Rahmenbedingungen und dieselbe mangelhafte ökonomische Betrachtungsweise sind, welche Arbeit und Umwelt vernichten.

Die Wahrnehmung des Zusammenspiels von menschlichem Tätigsein und Umwelt ist die Basis einer Zukunftsperspektive, die die Grünen im **Prinzip der Nachhaltigkeit** darstellen. Nachhaltig ist eine Wirtschaft, die natürliche Stoffströme ebenso wie die Grenzen der Belastbarkeit von Natur, Mensch und Gesellschaft in ihrer Gesamtrechnung berücksichtigt.

## ZUR LAGE VON UMWELT UND WIRTSCHAFT

In den 90iger Jahren scheinen die Themen Erwerbsarbeitslosigkeit und Verteilungsgerechtigkeit die Umweltfrage in den Hintergrund zu drängen. Wohin die einseitige Optimierung von quantitativem Wachstum unter den Bedingungen globalisierter Finanzmärkte führt, sieht man etwa an der rücksichtslosen Naturzerstörung und dem Zusammenbruch der Finanzmärkte in den sogenannten Tigerstaaten Südostasiens. Globalisierung wird zum Synonym für die **Zerstörung autonomer Lebens- und Wirtschaftsgestaltung** in überschaubaren Räumen und Größenordnungen. Fremdbestimmtheit und Zeitnot werden zur alltäglichen Last.

Die Politik war bislang nicht willens oder fähig, den Verbrauch umweltbelastender Energieträger zu begrenzen. Das steigende Verkehrsaufkommen erhöht die Belastungen für Umwelt, Lebensräume, Nahversorger und öffentliche wie private Haushalte. Die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet voran. Bestehende Umweltprogramme reduzieren zwar im Sinne eines **"End-of-pipe-Ansatzes"** schädliche Emissionen, ohne jedoch eine wirkliche Trendwende einleiten zu können. Im Gegenteil: In der Abfallpolitik rufen die Verbrenner zu einer Offensive, zur altbekannten Risikotechnologie Atomkraft ist mit der Gentechnologie eine weitere dazugekommen, auch im Umgang mit Naturgütern wie Wasser oder Landschaft wird nach wie vor ungebremst Profit gemacht. Lückenschlüsse und Engstellen im transeuropäischen Autobahnnetz ruinieren die Nahversorgung, vernichten Arbeitsplätze und bewirken die Verödung von Stadt- und Dorfkernen.

Hauptursachen dieser Fehlentwicklungen sind die unreflektierte Fortschreibung traditioneller politischer Rahmenbedingungen und **falsche Grundlagen einer volkswirtschaftlichen Rechnung**, die die relative Bewertung von Erwerbsarbeit, Naturgütern und unbezahlter Arbeit verzerrt.

Trotzdem ist es in den letzten Jahren engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern aber auch politischen Akteurinnen und Akteuren gelungen, **Inseln der Nachhaltigkeit** zu schaffen. Das Vorarlberger Energiesparhaus - eine grüne Vision der 80iger Jahre -, solare Warmwasserbereitung und komfortable Biomasseheizungen, verkehrsberuhigte Strassen und Ortszentren, der Verkehrsverbund Vorarlberg, ökologische Landwirtschaft und ÖkoProfit-Projekte in Kommunen und Unternehmen zeigen, wie sich intakte Umwelt, erfüllendes menschliches Tätigsein und wirtschaftliche Attraktivität ergänzen können.

Zu einer hocheffizienten Kreislaufwirtschaft ist es allerdings noch ein weiter Weg. Zentrale Aufgabe grüner Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist es, dem Prinzip der Nachhaltigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

## **PRINZIPIEN UND ZIELE GRÜNER NACHHALTIGKEITSPOLITIK**

Grüne Politik sucht auf der Basis der Neuverteilung von Arbeit, der Herstellung von Kostenwahrheit und der ökosozialen Steuerreform die "Dynamik der Märkte" in eine **lebensgerechtere Richtung** zu lenken.

Die Ziele einer **nachhaltigen Regionalentwicklung** sind von Walter Stahel vom Institut für Produktdauerforschung in Genf folgendermaßen definiert worden:

- I. Schutz der Natur und der Biosphäre
- II. Schutz des Menschen vor schädlichen Umwelteinflüssen
- III. Optimierung der Material- und Energieströme
- IV. Förderung des sozialen Miteinander und  
Erhaltung des sozialen Friedens
- V. Kulturelle Dimension  
Bildung, ethische Grundlagen, Fähigkeit des  
individuellen und gemeinsamen Lernens

Prinzip grüner Steuerpolitik ist die Devise: Je mobiler der Steuergegenstand, umso zentraler die Erfassung, je immobil der Steuergegenstand, umso dezentraler die Erfassung.

Das heißt zum Beispiel, daß Abgaben auf Grundstücke von den Gemeinden eingehoben werden, während das Aktien- und Finanzkapital auf europäischer Ebene besteuert werden muß.

Grüne Politik setzt auf längerfristige und nachkontrollierbare Ziele sowie auf realistische Maßnahmen. Dazu gehört eine moderne **Umwelttechnologie** und deren Export etwa in die ost-mitteleuropäischen Länder ebenso wie Konzepte des sanften Tourismus oder die Biomasseförderung.

Unter dem Titel "**anders steuern. Umschichten für uns und unsere Umwelt**" versucht das grüne Ökosteu-Modell durch **Entlastung der Erwerbsarbeit von Lohnnebenkosten** sowie durch eine gerechte Bewertung des Verbrauchs von Naturgütern und der unbezahlten Arbeit eine neue ökosoziale Balance.

Das grüne Steuermodell fördert durch verringerten Energie-, Rohstoff- und Umwelteinsatz die Herstellung langlebiger Produkte und nachhaltiger Rohstoff- und Energieversorgungssysteme und eröffnet neue Tätigkeitsfelder für die Menschen. Nahversorgung und regionale Wirtschaft werden entwickelt, ökosoziales Dumping gebremst. Erwerbsarbeitsplätze werden geschaffen, Männer und Frauen können Beruf und Familie wieder besser vereinbaren.

**Der allgemeine Zeitdruck wird gemindert, Raum für Schönheit und Kreativität geschaffen.**

Ein weiteres zentrales Ziel der Grünen ist eine **erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit**, um die Neuverteilung der vorhandenen Arbeit voranzutreiben. Umfang und Finanzierung des Lohnausgleiches für die unteren und mittleren Lohnklassen soll branchenweise verhandelt und nach Größe der Betriebe gestaffelt sein. Als Basis dient dabei das Modell des französischen Ökonomen André Gorz, das eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern vorsieht. Daneben müssen Lebensarbeitszeitmodelle die Vielfalt von Lebensentwürfen berücksichtigen, Kindererziehungs- und Ausbildungszeiten, Bildungsurlaube und Sabbatjahre einbeziehen.

In zahlreichen Projekten und Initiativen beweisen Sozialinstitutionen und zunehmend auch Gemeinden, daß es notwendig ist, jenseits der Strukturen eines ersten Arbeitsmarktes **einen zweiten - ökosozialen - Arbeitsmarkt** aufzubauen. Die Grünen legen ein klares Bekenntnis zum Ausbau dieses zweiten Arbeitsmarktes ab, wobei insbesondere die drohende Beschäftigungslosigkeit junger Menschen und Langzeitarbeitslosigkeit eigene Programme und Anstrengungen erfordert (siehe Sozialprogramm).

Die Umbrüche in der Arbeitswelt durch **neue Arbeitsformen** und Flexibilisierung ("Teleworking") dürfen nicht zur Aushöhlung und Demontage von erkämpften Arbeitnehmerrechten führen. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, sich in besonderer Weise dieses Problembereichs anzunehmen.

Was für manche Regionen Vorarlbergs als Chance gesehen werden kann, darf sich nicht in alte Muster von Abhängigkeiten (Heimarbeit ohne soziale Absicherung) entwickeln. Dies gilt auch für verschiedenste Formen flexibler Arbeitszeitmodelle vor allem im Dienstleistungsbereich.

## **PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN GRÜNER NACHHALTIGKEITSPOLITIK**

Für ein **nachhaltiges Europa** ist die Einführung der öko-sozialen Steuerreform, die Festlegung von Mindestsätzen und die Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen bei der Körperschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer unabdingbar.

Schließlich müssen Finanztransaktionen besteuert werden. (Tobin-tax)

Für ein **nachhaltiges Österreich** schlagen die Grünen eine **dynamische, fünfstufige ökosoziale Steuerreform** vor. In der fünften und vorerst letzten Stufe unseres Reformvorschlags sollen Steuern im Umfang von 130 Milliarden Schilling umgeschichtet werden. Die menschliche Arbeitskraft und Privatpersonen werden um 130 Milliarden Schilling entlastet; die Steuern auf Energie und Verkehr werden im Gegenzug um 130 Milliarden Schilling angehoben werden. Belastung und Entlastung halten sich exakt die Waage.

Doch wir alle zahlen in Zukunft anders Steuern. Die Wirtschaft erhält einen **Arbeitsplatzbonus** durch Senkung der Lohnnebenkosten um 10 Prozent (Entlastung im Jahr 5: 46,2 Milliarden Schilling). Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Für die Landwirtschaft schlagen wir Entlastungsmaßnahmen vor rund 2,8 Milliarden Schilling. Alle Privatpersonen – und zwar unabhängig von ihrem Alter – werden für die höheren Abgaben im Energie- und Verkehrsbereich durch einen Umweltbonus von jährlich 10.000 Schilling entlastet, in Summe etwa 80 Milliarden. Zur Vermeidung sozialer und wirtschaftlicher Härten soll zusätzlich ein Härtefonds von einer Milliarde Schilling eingerichtet werden. Die Gestaltung des Umweltbonus stellt sicher, daß ganz besonders sozial Schwache und kinderreiche Familien bzw. Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher zu den Begünstigten der ökosozialen Steuerreform zählen.

Im Gegenzug soll die **Energiesteuer auf Kohle, Öl, Gas sowie Elektrizität** eingeführt bzw. schrittweise angehoben werden (Steuereinnahmen im Jahr 5 nach Einführung: 70,5 Milliarden Schilling). Auf eine Steuererhöhung für Benzin wird aufgrund des bestehenden Tanktourismus verzichtet. Dezentrale erneuerbare Energieträger - Wind Biogas, Biomasse, Photovoltaik - bleiben von der Steuer befreit.

Für die energieintensive Grundstoffindustrie bedarf es Sonderregelungen, die die Steuerbelastung auf ein tragbares Maß begrenzen, ohne die ökologische Lenkungswirkung der Energiesteuer zu beeinträchtigen.

Im Straßenverkehr sollen künftig **Kilometerabgaben** für das gesamte Straßennetz eingehoben werden. Die Einnahmen werden zweckgebunden - zur Entlastung der Arbeitskosten. Diese fahrleistungsabhängige Abgabe führt zu mehr Kostenwahrheit und Kostentransparenz: Wer wenig fährt, zahlt wenig - und umgekehrt! Pendlerinnen und Pendler werden über Abfederungsmaßnahmen entlastet. Sobald die Kilometerabgabe vollständig eingeführt ist, kann die Autobahn-Vignette entfallen.

Durch die österreichweite Einführung der ökosozialen Steuerreform würden sich in Vorarlberg eine Reihe von Förderungen erübrigen, die derzeit aufgewendet werden müssen, damit heimische nachwachsende Ressourcen überhaupt noch abgesetzt werden können - wie etwa Holz.

Ein **nachhaltiges Vorarlberg** erfordert neue Prioritätensetzungen in der Energie-, Mobilitäts-, Landwirtschafts-, Abfall-, Wasser- und Naturschutzpolitik.

### **Nachhaltige Energiepolitik - Sonne statt Erdöl**

Ziel ist eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 50 % und eine Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien um 100 %. Eine eigene Vorarlberger Stromeinspeiseregulierung bringt attraktive Einspeisetarife und 5% Alternativenenergien bis 2005. Dies bedarf einer speziellen Förderung der Photovoltaik. Kleine Blockheizkraftwerke sind zu forcieren, die Energieeffizienz in der Mobilität zu steigern. Durch ein eigenes Programm zur Biogas- und Biomasseverstromung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen kann weiteres Potential mobilisiert werden. Die Wohnbauförderung ist an eine Mindestnutzung thermischer Solarenergie zu knüpfen. Das Land Vorarlberg muß dem "Klimabündnis" beitreten und die geforderten Maßnahmen setzen.

### **Nachhaltige Mobilitätspolitik - Mobilität statt Verkehr**

Ziel ist die Stabilisierung der gesamten Wegleistung, die Reduktion der Auto-Kilometer um 20 % (bezogen auf die Zahlen von 1994) und die Leistungssteigerung des Umweltverbundes um 20 %. Ein Vorarlberger Mobilitätskonzept, dem das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention als Mindeststandard

verbindlich zugrunde gelegt wird, sowie der endgültige Verzicht auf den Ausbau des hochrangigen Strassennetzes sind Kernpunkte grüner Mobilitätspolitik. Die Grünen unterstützen die Verkehrsinitiativen, die sich dieser Thematik annehmen und arbeiten mit ihnen zusammen. Die Entwicklung von Stadt- und Ortskernen hat die Nahversorgung und eine verbesserte Verbindung von Lebens- und Arbeitswelten besonders zu berücksichtigen. Kostenwahrheit trägt zur Chancengleichheit zwischen Einkaufszentren an den Ortsrändern und Nahversorgern bei. In einem Competence-Center Mobilität sollen auf der Grundlage der erfolgreichen Arbeit des Energieinstituts bestehende Vorschläge zur Einsparung von Verkehr gebündelt und neue entwickelt werden.

### **Nachhaltige Landwirtschaft - naturnah statt industriell**

Ziel ist, daß 80 % der Bewirtschaftung auf ökologischer Basis erfolgen, daß der Marktanteil heimischer Produkte erhöht und die Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen verdoppelt wird. Eine bäuerliche Landwirtschaft braucht ein Programm zur Förderung von Energieeffizienz (Biomasse, Biogas). Biolandwirtschaft bedarf einer gesellschaftlichen Aufwertung sowie der Einführung einer Positivkennzeichnung "Garantiert gentechnikfreies Lebensmittel".

Die Kooperation mit dem Tourismus ist zu verstärken. Landwirtschaft soll Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt - vor allem im Bereich Naturschutz - bieten: Pflege von Obstkulturen im Rheintal oder alpiner Gebiete.

### **Nachhaltige Abfallwirtschaft - vermeiden statt wegwerfen**

Ziel ist die Herstellung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft, die Erhöhung der Ressourcenproduktivität und die Halbierung des Abfallaufkommens. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer grossflächigen Umsetzung und Förderung von ÖkoAudit und ÖkoProfit auch für Klein- und Mittelbetriebe. Die Einrichtung eines Lehrganges für "Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft" an der Vorarlberger Fachhochschule und koordinierte Öffentlichkeitsarbeit über Vermeidungsmöglichkeiten verbessern Wissen und öffentliche Akzeptanz und sind notwendig als Grundlage für ein Ökologisches Abfallkonzept 2010. In Vorarlberg darf keine Müllverbrennungsanlage errichtet werden.

Nötig sind Modelle, die entgegen der bisherigen Praxis Abschreibungsmöglichkeiten über den Anschaffungspreis eines Produkts hinaus ermöglichen. Dies würde eine Wiederbelebung des hauptsächlich klein- und mittelständisch strukturierten regionalen Reparaturmarktes unterstützen.

### **Nachhaltige Wasserbewirtschaftung - haushalten statt verschwenden**

Eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung folgt den Grundsätzen, die Qualität zu erhalten sowie den Verbrauch zu verringern. Wasserschutz- und Wassersparprogramme wie Wassersparventile, Brauch- und Regenwassernutzung bilden die Grundlage für die Sicherung der Vorarlberger Wasserreserven. Dezentralisierungsmodelle beim Brauchwasser und die bessere Nutzung dezentraler Wasservorkommen sind weitere Schritte. Die Einhebung einer Wasserabgabe als Übergangshilfe führt zum sparsamen Umgang mit Wasser. Die Nutzung von Wasserrechten sowie Verteilung und Verkauf dürfen nicht privatisiert werden. Bestehende Wasserrechte Privater dürfen nur zur Deckung des Eigenbedarfes verwendet werden.

Es muß zu einer klaren Drei-Länder-Vereinbarung im Hinblick auf die Nutzung des Bodenseewassers zu kommen.

### **Nachhaltige Sicherung der Lebensräume - erhalten statt verbauen**

Ziel ist es, den Wert der Natur bewußt zu machen und bestehende Schutzräume dauerhaft abzusichern. Naturschutzabgaben müssen ausgebaut, das Biotopinventar umgesetzt werden. Da Vorarlberg jetzt schon die höchste Erschließungsdichte Europas aufweist, dürfen keine neuen Lift- und Seilbahnanlagen errichtet werden, Mehrbelastungen durch die Erhöhung der Förderleistung von Liften werden nicht mehr genehmigt. Die Waldwirtschaft muß zum ursprünglich gepflegten Prinzip der Nachhaltigkeit zurückkehren, der Güterwegebau ist restriktiv einzugrenzen. Umwidmungen aus Flächen der "Landesgrünzone" müssen bis zum Jahr 2005 ausnahmslos unterbleiben. Die Kommunen sind anzuhalten, überaltete Flächenwidmungspläne zu überarbeiten, ausgewiesene Überschüsse an gewidmeten Bauerwartungsflächen rückzuwidmen und durch die Erlassung von Baunutzungszahlen-Verordnungen eine geordnete Verdichtung der Bebauung sicherzustellen, um Grünland zu erhalten.

# GRUNDSICHERUNG UND SOZIALES NETZ

## Das Sozialprogramm der Vorarlberger Grünen

*“Grüne Sozialpolitik folgt den Grundsätzen  
der Menschenwürde, Gerechtigkeit  
und Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe.”*

### ZUM BEGRIFF DES SOZIALEN

Das bestehende Modell sozialer Sicherung ist in die Krise gekommen. Orientiert am männlichen "inländischen" Industriearbeiter, der ein (Erwerbs)Leben lang seine über ihn mitversicherte Familie versorgt und Versicherungsbeiträge zahlt, brechen dem **Sozialversicherungssystem** derzeit die Geschäftsgrundlagen weg. Der Anstieg atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse ("McJobs") sowie die rasante Zunahme strukturell bedingter Arbeitslosigkeit bedingen ein Finanzierungsproblem der Sozialversicherung.

Der **Sozialstaat** alter Prägung hat die Etablierung neuer Armut in den letzten Jahren nicht verhindern können. Die ungleiche Einkommensverteilung in Österreich ist nicht nur das Ergebnis neuer Kräfteordnungen auf nationaler und internationaler Ebene, sondern auch das Resultat einer Lohnpolitik, die im Niedriglohnbereich immer besonders "elastisch" agierte. Vor allem Frauen kommen in der sozialen Sicherung zu kurz, weil sie zu wenig verdienen, oft nur über ihren Partner versichert sind oder nicht ausreichend Versicherungszeiten erwerben können. Im Alter bleibt dann oft nur Abhängigkeit oder Armut.

Wer durch das bestehende **Netz des sozialen Sicherungssystems** fällt oder von ihm keine ausreichende Unterstützung erhält, der landet - theoretisch - in der Sozialhilfe. In Wirklichkeit sieht es aber so aus, daß viele dort gar nicht ankommen: Schikanen beim Zugang, Unwissenheit oder die gesetzlichen Restriktionen wie Rückzahlungspflicht, Ausschluß von Immigrantinnen und Immigranten, Arbeitspflicht ohne akzeptable Entlohnung und die Scham der Menschen, auf Unterstützung angewiesen zu sein, verhindern dies.

Die Antwort auf die "Finanzierungsgrenzen des Sozialstaates" dürfen nicht Leistungskürzungen und vermehrte Kontrolle sein. Die Grünen verlangen eine **Grundsicherung für alle**, ohne Koppelung an die Erwerbsarbeit.

Zentrales Anliegen grüner Sozialpolitik ist die **Teilhabe aller Menschen** am öffentlichen Leben. Jeder Mensch muß die Möglichkeit haben, seine Lebensbedingungen mitzugestalten und sich an der demokratischen Willensbildung aktiv zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist soziale Sicherheit. Wem diese entzogen wird - beispielsweise durch niedrige Einkommen, Arbeitslosigkeit, Isolierung - , dem wird die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe genommen.

## ZUR SOZIALEN LAGE IN VORARLBERG

Die Entfesselung der Finanzmärkte übt massiven Druck auf die Nationalstaaten aus. Einsparungsmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene haben zu Kürzungen der Sozialbudgets geführt.

Die **Last dieser Einsparungen** tragen vor allem die BezieherInnen kleiner Einkommen oder jene, die mit Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe oder Karenzgeld auskommen müssen: Familien, Arbeitslose, Alleinerzieherinnen, Behinderte, Immigranten und Immigrantinnen, zunehmend auch alte Menschen mit kleinen Renten.

Die direkt an Menschen ausbezahlten Sozialhilfeleistungen betragen in Vorarlberg lediglich 10% des Sozialbudgets. Trotzdem finden gerade in diesem Bereich die massivsten Einsparungen statt. Die Auswirkungen für die davon Betroffenen sind besonders dramatisch

GewinnerInnen und VerliererInnen, **reich und arm driften immer weiter auseinander**. Einkommen aus Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen steigen ständig, während die Lohneinkommen stagnieren: Die Gewinne der Unternehmen sind seit 1979 um 90%, die Löhne um 6% gestiegen. Die Mindesteinkommen stehen in keinem Verhältnis zu den Spitzenverdiensten.

Die **Angst um den Arbeitsplatz** oder die Resignation, keinen mehr zu bekommen, dominiert Lebenssituationen zunehmend. Unter diesem Druck sind Menschen immer mehr bereit, auch Lohneinbußen oder schlechte Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, um einen Job zu haben. Geringere Lebenseinkommen haben ihre Auswirkungen auf die Renten und Pensionen.

Die Verantwortung des Individuums wird beschworen ("jeder ist für sich verantwortlich"), **soziale Verantwortung privatisiert**, der Kostendruck nach unten weitergegeben, Kontrolle wird zum Instrument der Einsparung.

Die bisherige Sozialpolitik in Vorarlberg baut vor allem auf Symptombekämpfung und Einzelfallhilfe. Die verschärfte Auslegung von Richtlinien, das Einfrieren von Richtsätzen und Sozialleistungen bedeuten einen schleichenden Sozialabbau. Ein Bericht zur Sozialen Lage in Vorarlberg fehlt.

Annähernd 15% aller in Vorarlberg lebenden Menschen haben eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft. Die **Ausländerpolitik** in Vorarlberg war in den letzten Jahren - mit Hinweis auf die Arbeitsmarktsituation - vor allem auf Abgrenzung bedacht. Die immer härter werdenden Fremden-gesetze wurden willig vollzogen.

## PRINZIPIEN UND ZIELE GRÜNER SOZIALPOLITIK

Die Sorge für die Schwächsten braucht Strukturen, nicht Appelle. Weder der Staat noch die Länder noch die Gemeinden dürfen aus der **sozialen Verantwortung** für die Gesellschaft entlassen werden. Subsidiarität kann nicht heißen, daß jeder für jede Lebenssituation selbst verantwortlich ist. Ökonomische Kriterien dürfen nicht zum alleinigen Maßstab für Sozialpolitik werden. Grüne Sozialpolitik folgt den Grundsätzen der **Menschenwürde, Gerechtigkeit und Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe.**

In einer Zeit von Identitätsverlust und Entgrenzung wächst dem **ehrenamtlichen Engagement** eine wichtige soziale Funktion zu. Ehrenamtliche Arbeit ist eine unentbehrliche Form sozialer Teilnahme und eine wichtige Möglichkeit, soziale Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren. Ehrenamtlichkeit darf jedoch unter dem Druck der leeren Kassen nicht mißbraucht werden, etwa als billiger Ersatz für fehlende Sozialleistungen. Damit freiwilliges, unentgeltliches Engagement für das Gemeinwesen nicht weiterhin vorwiegend zu Lasten der Frauen geht, braucht es neue Rahmenbedingungen. Das Modell der grünen Grundsicherung ist die Basis für eine Neudefinition von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Die Grünen verstehen sich als **Lobby für die zunehmend von Verarmung Bedrohten und Benachteiligten.** Existentielle Grundsicherung verstehen wir nicht nur im Sinne eines finanziellen Mindesteinkommens für Essen, Kleidung und Wohnen. Jeder und jedem in diesem Land muß die gesellschaftliche Teilhabe garantiert werden.

Die **Verteilungsfrage** muß neu gestellt werden. Die Verteilung der Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen ist aus dem Lot geraten. Umverteilung ist unabdingbar für Demokratie, Gerechtigkeit und sozialen Frieden.

Grüne machen keine Ausländerpolitik, sondern **eine Politik des Zusammenlebens.** Erstes Ziel ist die Anerkennung der hier lebenden Immigranten und Immigrantinnen als Menschen, die hier leben und weitgehend hier bleiben wollen. Zweites Ziel ist ihre Gleichstellung mit Inländerinnen und Inländern.

## PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN GRÜNER SOZIALPOLITIK

Die **Reform des Sozialstaates** ist Bundes- und Landesangelegenheit. Das Land Vorarlberg kann dabei eine Vorreiterrolle in der Diskussion übernehmen. Sozialpolitik auf Landesebene heißt vor allem, auf kommunaler Ebene die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, daß Kinderbetreuung, Altersversorgung, Sozialhilfe und Behindertenhilfe gesichert sind.

Langfristig muß die soziale Absicherung in allen Lebensphasen über ein **Grundsicherungsmodell** erfolgen. Damit können Kinder, Menschen in Ausbildung oder während erwerbsfreier Zeiten wie Arbeitslosigkeit, Bildungsurlaub, Kinderbetreuung sowie im Alter abgesichert werden.

Die **sozialstaatlichen Leistungen** haben sich an den Bedürftigen zu orientieren und müssen, ohne bürokratische Hindernisse, unter Beibehaltung der Würde Hilfe gewähren. Dabei steht Schutz vor sozialer Ausgrenzung über bürokratischer Kontrolle. Menschen dürfen nicht zu Bittstellern degradiert werden.

**Arbeit** ist nicht gleich Erwerbsarbeit. Die Neudefinition und Neuverteilung von Arbeit wird angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit unumgänglich. Die Grünen treten für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung ein (siehe "Arbeit und Umwelt"), um vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen. Überstunden müssen zugunsten von Neueinstellungen drastisch abgebaut werden. Lebenseinkommen bedürfen einer anderen Verteilung: rascher Anstieg in jungen Jahren, langsamerer Anstieg im letzten Drittel des Erwerbslebens. Unbezahlte Arbeit, Ehrenamtlichkeit, Teilzeitarbeit, neue Lebensarbeitszeitmodelle sind in diese Neudefinition miteinzubeziehen.

Die Verantwortung des Landes in der aktiven Beschäftigungspolitik muß sich auf die Schaffung von Jugendarbeitsplätzen konzentrieren: **Kein Jugendlicher darf nach seinem Schulabgang länger als ein halbes Jahr ohne Arbeit sein!** Dafür hat das Land die Garantie zu übernehmen. Jugendliche Schulabgänger mit Bildungsdefiziten müssen in ein landesweites Bildungsprogramm aufgenommen werden, um die Voraussetzungen für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt überhaupt zu bekommen.

**Das Recht auf eine Wohnung ist ein Grundrecht** und Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf eine erschwingliche und bedarfsgerechte Wohnung, auch jene, die besondere Bedingungen brauchen, beispielsweise weil sie älter, behindert oder sozial ausgegrenzt sind.

Der Wohnungsmarkt braucht neue Regeln. Dazu gehören die Begrenzung der Grundstücks- und Baukosten, die Abschaffung der bei Anmietung einer Sozialwohnung zu leistenden Baukostenzuschüsse sowie die Bindung von Förderungen an ökologische und soziale Kriterien. Mieten im sozialen Wohn-

bau müssen mit einem Durchschnittseinkommen bezahlbar sein. Beim Zugang zur Wohnbeihilfe müssen Zuwanderer den EU-Bürgerinnen gleichgestellt werden.

In der Gesundheitsversorgung muß die Primärprävention wesentlich ausgebaut werden. Gesundheitspolitik muß bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen ansetzen. In einem jährlichen **"Gesundheitsbericht Vorarlberg"** sind Arbeits- und Umweltbedingungen zu dokumentieren, Maßnahmen zur Verbesserung daran auszurichten. Ziel ist eine Qualitätssteigerung in allen Bereichen: ergonomische Ausgestaltung der Arbeitsplätze und Kontrolle der branchenspezifischen Emissionen, interdisziplinäre Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe in Gemeinschaftspraxen, Zusammenarbeit von Schul- und Komplementärmedizin - wofür die Krankenkassen die Voraussetzungen zu schaffen haben.

Gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen ist ein Grundrecht von **Menschen mit Behinderung**. Eine solche kann jeden Menschen zu jeder Zeit betreffen. Gemeinsam leben heißt, die Vielfalt anzuerkennen, Unterschiede und Anderssein nicht als Bedrohung, sondern als Chance zu verstehen. Die gesetzlich verankerte gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung kann und muß strukturell verbessert werden. Ressourcen müssen verstärkt für die schulische Integration - insbesondere zur dringend notwendigen Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen - zur Verfügung gestellt werden. Technische Barrieren im öffentlichen Verkehr und in öffentlichen Gebäuden müssen beseitigt werden. Die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung darf nicht aufgrund der Arbeitsmarktsituation zurückgestellt werden

**Suchtpolitik** hat vor allem in den Schulen Prophylaxeprogramme zur Bekämpfung von Drogen-, Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit zu fördern. Im Bereich der illegalen Drogen treten die Grünen für die **Entkriminalisierung** Drogenabhängiger ein, um Verelendung und ein Abdrängen in Beschaffungskriminalität zu verhindern. Hilfe für Drogenabhängige darf nicht von der Bereitschaft zur Abstinenz abhängig gemacht werden. In einem **"Modell Vorarlberg"** sollen kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstsüchtige und die Freigabe weicher Drogen eingeführt und nach einer Versuchsdauer von zwei Jahren einer Auswertung unterzogen werden

In der Absicherung der **Altersversorgung** muß die Verantwortung bei Land und Gemeinden bleiben, eine Privatisierung dieses Bereiches wird von den Grünen abgelehnt. Private Angebote können die öffentliche Altersversorgung nicht ersetzen. Das **Drei-Säulen-Modell** - stationär, teilstationär, ambulant - in der Altenarbeit muß flächendeckend realisiert werden, damit alte Menschen unter Wahrung größtmöglicher Autonomie und Selbständigkeit ihr Leben gestalten können. Mobile Hilfsdienste und neue Formen des Zusammenlebens alter Menschen sind besonders zu fördern. Kostendruck darf die Qualität der Altenbetreuung nicht mindern. Die frühzeitige Entlassung aus der Spitalsbetreuung aus finanziellen Erwägungen muß verhindert werden, weil Betreuung damit in die Gemeinden und vorwiegend auf Familien und Frauen abgewälzt wird.

**Kinderfreundliche Politik** heißt, für Kinder Platz zu schaffen. Gemeinsamer Lebensraum soll kinderfreundlicher gestaltet werden. Kinderinteressen müssen zum Maßstab von Umwelt- und Verkehrspolitik werden, die Geschwindigkeit der Kinder zum Maßstab. (siehe Familienprogramm).

Das passive Betriebswahlrecht für alle Beschäftigten, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, das passive AK-Wahlrecht für AK-Mitglieder und das kommunale Wahlrecht nach drei Jahren Aufenthalt in Österreich sind notwendige Schritte zur **gleichberechtigten Teilhabe aller ImmigrantInnen**. Die sogenannten Ausländerbeiräte sind eine weitere notwendige Maßnahme auf kommunaler Ebene.

Wer sich legal in Österreich aufhält, soll auch legal hier arbeiten.

MigrantInnen müssen gleichberechtigten Zugang zu allen Transferzahlungen haben - ohne negative Konsequenzen für die Aufenthaltssicherheit, ebenso zum Wohnungsmarkt, vor allem im gemeinnützigen Wohnbau.

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft sollte nach fünf Jahren Aufenthalt in Österreich erleichtert, die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft geschaffen werden.

Integration geschieht vor allem auch über Bildung. Möglichkeiten für muttersprachlichen Erstunterricht sind zu schaffen. Bildungsprogramme für ImmigrantInnen der zweiten Generation müssen aufgebaut und umgesetzt werden.

# GLEICHBERECHTIGUNG UND TEILHABE

## Das Frauenprogramm der Vorarlberger Grünen

*“Frauenpolitik braucht Strukturen, nicht Appelle!”*

### ZUM BEGRIFF FRAUENPOLITIK

Die **Frauenbewegung** hat seit den 60er Jahren die Ungleichheit der Frauen, ihre Mißachtung in allen gesellschaftlichen Bereichen, ihre Abhängigkeiten und Unfreiheiten, die gesellschaftlichen Zwänge, unter denen sie leben, benannt und für deren Überwindung gekämpft.

Frauenpolitik fordert die gleichberechtigte und selbstbestimmte **gesellschaftliche Teilhabe** aller Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Daran mißt sich die Qualität der Demokratie.

Frauenpolitik betrifft alle Lebensräume und Politikfelder und kann nicht allein auf Familien- und Sozialpolitik beschränkt werden. **Frauen sind nicht ausschließlich Mütter und Pflegende.** Ihre Diskriminierung und Benachteiligung ist Merkmal gesellschaftlicher Ungleichheit. Grüne Frauenpolitik macht keinen Unterschied zwischen Frauen, die sich entscheiden als Mütter oder Hausfrauen zu leben und jenen, die sich für Beruf und Kinder oder für den Beruf allein entscheiden.

**Frauenrechte sind Menschenrechte.** Die Verletzung der Würde der Frauen und die Gewalt gegen Frauen irgendwo auf dieser Welt verletzt die Würde jeder Frau und verlangt internationale Aufmerksamkeit und politische Ächtung.

### ZUR SITUATION DER FRAUEN IN VORARLBERG

Die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftsmodells hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben der Frauen, mit der Auslagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer werden Frauen aus der Erwerbsarbeit in existentielle Unsicherheit und Abhängigkeit gedrängt. **Sparpakete gehen vor allem zu Lasten der Frauen.**

Gleichzeitig erfahren sie eine neue-alte Rollenzuschreibung als ehrenamtlich und unbezahlt Pflegende und Erziehende. Auf dem Rücken der Frauen wird die Politik des "schlanken Staates" durchgesetzt und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung legitimiert.

**Frauen leisten 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit.** Sie besitzen dagegen nur 1/10 des gesellschaftlichen Vermögens, ihr Anteil an bezahlter Erwerbsarbeit beträgt 40%, sie leisten 80% der unbezahlten Arbeit.

In Vorarlberg beträgt die Frauenerwerbsquote 60%, ein Drittel der Frauen arbeitet als Teilzeitbeschäftigte. Die traditionelle Rollenzuschreibung, die sich in Vorarlberg weniger als in Großstädten gewandelt hat, deregulierte Arbeitszeiten, Mobilitätsprobleme und ein unzureichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen sind Gründe für die Mehrfachbelastungen von Frauen.

Der hohe Anteil von Frauen in prekären und in Teilzeitarbeitsverhältnissen ist Folge der herrschenden Frauenpolitik, deren Interesse es ist, Frauen in Abhängigkeit von Ehemännern und Partnern als Reserverbeitskräfte zur Verfügung zu halten.

Vielfach machen die hohen Lebenshaltungskosten in Vorarlberg die **Berufstätigkeit von Frauen zur Existenzsicherung von Familien notwendig.** Für Alleinerzieherinnen bedeutet dies oft ein Leben an der Armutsgrenze oder die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen. Frauen verdienen für gleiche Arbeit immer noch um ein Drittel weniger als Männer.

**Berufliche Fortbildung und Weiterbildung** ist für Frauen, die sich für Kinder entschieden haben, kaum möglich. Den Ansprüchen des Arbeitsmarktes auf ständige Weiterbildung und Qualifizierung können sie schwer gerecht werden. Frauen werden immer mehr in unqualifizierte Tätigkeiten abgedrängt.

Ein Drittel der Vorarlberger Frauen sind **Hausfrauen**, die sozial und pensionsrechtlich von ihren Ehemännern abhängig sind. Sie haben keinen Anspruch auf eine eigene Pension. Für viele Frauen bedeutet die Entscheidung für Familienarbeit im Alter ein Leben an der Armutsgrenze. Frauenpolitik braucht Frauensolidarität: Versuche, Hausfrauen gegen berufstätige Frauen auszuspielen und die Frauen damit in zwei Gruppen zu spalten gibt es auch in Vorarlberg.

Lebensverhältnisse von Frauen und die Weigerung vieler Männer, auf Machtpositionen zu verzichten erschweren Frauen den Zugang zu Macht in Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport.

Die Unterordnung von Frauenpolitik unter Familienpolitik hat ein autonomes Frauenhaus ebenso verhindert wie Frauen in Führungspositionen. Fraueninitiativen werden, wenn ihre Anliegen nicht verinnahmt werden können, finanziell ausgehungert.

Die Durchführung des Bundesgesetzes zur Gleichbehandlung wurde in Vorarlberg über Jahre hin verzögert und ist eine leere Absichtserklärung ohne Sanktionen und **einklagbaren Rechte** für Frauen geblieben.

Frauenpolitik des Landes reduziert sich auf Appelle an die Männer, ihr Frauenbild und ihr Verhalten Frauen gegenüber zu verändern. Das traditionelle Frauenbild wird in Ehrenamt-, Pflege- und Familienkampagnen weiter fortgeschrieben

## PRINZIPIEN UND ZIELE GRÜNER FRAUENPOLITIK

Ziel Grüner Frauenpolitik ist die **tatsächliche Gleichstellung** von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Frauenrechte müssen als einklagbare Menschenrechte festgeschrieben werden. Politik hat sicherzustellen, daß Frauen, die sich für Kinder entscheiden uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben und am Erwerbsleben teilhaben können. Jede Frau muß die Möglichkeit haben, sich **frei entscheiden** zu können zwischen Familie und Berufstätigkeit oder aber beides zu verbinden. Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen - nach Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen - müssen verbessert werden.

Die Grünen wehren sich entschieden gegen alle Versuche, Hausfrauen gegen berufstätige Frauen, Frauen mit Kindern gegen Frauen ohne Kinder auszuspielen.

Ziel Grüner Frauenpolitik ist es, jeder Frau ein **selbstbestimmtes Leben**, frei von existentiellen Ängsten und Abhängigkeiten zu ermöglichen. Dazu gehört die freie Entscheidung über Lebensformen mit oder ohne Partner, mit oder ohne Kinder sowie die autonome Entscheidung über Sexualität und Schwangerschaft.

Ziel Grüner Frauenpolitik ist nicht zuletzt die **Beseitigung und Verhinderung von struktureller und persönlicher Gewalt gegen Frauen.**

## PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN GRÜNER FRAUENPOLITIK

**Neuverteilung, Neubewertung von Arbeit** und Arbeitszeitverkürzung sichern die Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben.

Eine flächendeckende und bedarfsorientierte Kinderbetreuung muß sichergestellt werden, die bedarfsorientierte Grundsicherung schützt jene Frauen, die sich zeitweise für Familienarbeit entschieden haben, vor Armut und dauerhafter Abhängigkeit.

Vorarlberg braucht ein **Gleichbehandlungsgesetz**. Frauenbeauftragte und Frauenförderpläne für die Kommunen müssen verpflichtend festgeschrieben werden. **Geschlechterparität** und **Frauenquoten** sind Wege, die Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen in Politik und Wirtschaft durchzusetzen. Im Landes- und Gemeindedienst muß die Quote auf allen Ebenen der Hierarchie umgesetzt werden. Solange nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen die Gleichstellung von Frauen und ihre Repräsentanz entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung erreicht ist, verlangen die Grünen besondere Maßnahmen der Frauenförderung, wie die **Bevorzugung bei gleicher Qualifikation.**

Auftragsvergaben der öffentlichen Hand sollen an Frauenförderpläne bei den Auftragnehmern geknüpft werden. Ein Teil der Parteienförderung soll an die Frauenquote der jeweiligen Parteien gebunden werden.

Es bedarf gezielter **Frauen- und Mädchenförderung**. Grundlage dafür muß eine Studie sein, die die Ursachen für die Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen in Vorarlberg untersucht.

Für Mädchenförderung in Schulen und Jugendzentren kann auf bestehende Vorschläge und Konzepte zurückgegriffen werden. Für deren Realisierung müssen die notwendigen personellen wie finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

**Frauengesundheitszentren**, eine ausreichende Anzahl von Ärztinnen in Psychiatrie und Gynäkologie verbessern die Situation der Frauen in sensiblen Lebenssituationen. Wissend, daß ein Schwangerschaftsabbruch die letzte Möglichkeit in einer individuellen Notsituation ist, setzen sich die Grünen weiter für die Straffreiheit und die im Gesetz vorgesehenen Durchführungsmöglichkeiten in einem öffentlichen Krankenhaus in Vorarlberg ein. Aufklärung, Beratung und konkrete Hilfestellungen können in manchen Fällen einen Schwangerschaftsabbruch verhindern. Frauen, die sich dennoch für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, müssen in ihrer schwierigen Situation begleitet werden.

Die Förderung von autonomen Frauengruppen und Fraueninitiativen muß neben Projekten auch Infrastrukturen unterstützen, um eine kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen.

Die Grünen verlangen eine Verkehrs-, Stadt- und Dorfplanung, die Angsträume vermeidet und die Bewegungsfreiheit von Frauen sicherstellt.

**Immigrantinnen** erfahren mehrfache Diskriminierungen als Frauen und als Ausländerinnen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muß ihnen gleichberechtigt möglich sein. Bei der Berechtigung Sozialleistungen zu beziehen, müssen Immigrantinnen den Frauen aus EU-Ländern gleichgestellt werden.

# MITEINANDER LEBEN

## Das Familienprogramm der Vorarlberger Grünen

*"Wer die soziale Kompetenz des  
einzelnen Menschen stärkt,  
stärkt die Gemeinschaft"*

### ZUM BEGRIFF DER FAMILIE

Der Begriff "Familie" bezeichnet das **Zusammenleben von Menschen wenigstens zweier Generationen**, die füreinander eine besondere Verantwortung übernehmen. Damit ist Familie mehr als Partnerschaft und gleichzeitig eine besondere Form des Zusammenlebens.

Das Zusammenleben von Eltern und Kind(ern) ist ebenso als Familie zu betrachten wie dasjenige eines alleinstehenden Elternteils mit Kind(ern) oder von Erwachsenen mit ihren (z.B. pflegebedürftigen) Eltern. Eltern mit Kindern sind **nicht mehr und nicht weniger Familie** als Alleinerziehende mit einem Kind.

Familie hat eine lange Geschichte. **Historisch betrachtet** ist das **Modell der bürgerlichen Familie** im 18. und 19. Jahrhundert entstanden. Es handelt sich dabei um ein Idealbild, das auf der Grundlage der ökonomischen Vorherrschaft des Bürgertums entstanden ist. Es ist gekennzeichnet durch eine starre Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und den Generationen. Die väterliche Autorität stützt sich auf den Ausschluß der Frauen aus der Erwerbsarbeit. Deren Rolle beschränkt sich auf das Haus: Führung des Haushaltes, Betreuung von Familienangehörigen und Schaffung einer "heimeligen" Atmosphäre.

Dieses Bild entsprach zu keiner Zeit der Lebensrealität von Arbeitern und Bauern, für die Frauen- und auch Kinderarbeit bis in unser Jahrhundert ökonomische Notwendigkeit war.

Das Festschreiben der Frauen ausschließlich auf die **Rolle als Mütter** und Pflegende widerspricht den Regeln einer offenen, demokratischen Gesellschaft. und auch dem Recht jeder Frau auf eine freie Entscheidung.

Hierzulande ist es Brauch, Frauenpolitik der Familienpolitik unterzuordnen und letztere als eine umfassende Frauenpolitik auszugeben. Eine eigenständige Frauenpolitik hat sich jedoch als notwendige Grundlage emanzipatorischer Politik erwiesen. Aus diesem Grund muß **Familienpolitik neu definiert** werden. Familienpolitik hat den **besonderen Bedürfnissen von Kindern** Rechnung zu tragen. Entscheidend für ihre Entwicklung ist die Stabilität von Beziehungen und die Kontinuität ihres Lebensraums.

Die materielle Absicherung der Familien ermöglicht positive Beziehungen, in denen die Autonomie und die Würde des einzelnen geachtet wird und Bedingungen, unter denen die Chancen der Kinder auf eine gewalt- und angstfreie Entwicklung gewahrt werden und die allen Mitgliedern unserer Gesellschaft ein Altern in Würde garantiert.

Diese Rahmenbedingungen hat Familienpolitik zu schaffen.

## ZUR LAGE DER FAMILIEN IN VORARLBERG

Ein Leben mit Kindern in einer **Familie ist für viele Menschen zentraler Lebensinhalt**. Mit Familie wird immer noch der Wunsch nach einer intakten Beziehung und Geborgenheit verbunden.

Die Anforderungen an die Familie von heute sind jedoch in einem enormen Ausmaß gestiegen.

Neoliberale Ideologie sieht im Sozialstaat ein abzuschaffendes Hindernis für den "freien" Markt. Soziale Verantwortung soll privatisiert werden. Ziel ist der "schlanke" Staat, entledigt seiner sozialen Verantwortung für die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Das Verständnis von der **Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern** - und gegenüber den Familien - wird zunehmend verändert. Während ihnen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen demokratische Rechte vorenthalten werden, wird unter dem Deckmantel der Eigenverantwortlichkeit und der Subsidiarität soziale Verantwortung auf die Einzelnen abgewälzt. In der Wirklichkeit vieler Menschen bedeutet dies: Wer krank ist, möge von der Familie gepflegt werden. Wer arbeitslos ist, möge von den anderen Familienmitgliedern erhalten werden. Wer Kinder hat, möge deren Betreuung und Erziehung selber organisieren und finanzieren. Familien sind durch Arbeitszeiten, Schulzeiten, finanziellem und gesellschaftlichem Druck zusätzlich einem enormen Streß ausgesetzt.

Sie **müssen die Folgen der ökonomischen Fehlentwicklungen tragen**, abfedern oder erträglich machen. Unbezahlte Arbeit von Frauen und Müttern bietet die Basis dafür.

Vor dem Hintergrund der Sparpakete sind die öffentlichen Bekenntnisse zur traditionellen Familie fragwürdig, wenn gleichzeitig die materielle Grundlage für das Zusammenleben im Familienverband ausgehöhlt wird. Alleinerzieherfamilien und Mehrkindfamilien sind in besonderem Maße **armutsgefährdet**. Das vielfach beschworene Familienideal kann die Realität der Sparpakete nicht beschönigen.

Wenn mit leidenschaftlichen Worten die Gefühlsreserven zur Erduldung dieser Belastungen mobilisiert werden, ist dies die Strategie der **Reideologisierung der Familie**. Damit wird Politik auf dem Rücken der Familien gemacht.

Daß die Beschwörung der Familie mehr mit Ideologie als mit der Realität zu tun hat, läßt sich unter anderem daran erkennen, daß trotz familienfreundlichen Lippenbekenntnissen **familienbelastende Gesetze** beschlossen werden oder nach wie vor **Familienzusammenführung** im Rahmen der Ausländerquote behindert und ebenso beharrlich die Auszahlung der Familienförderung an Zuwanderer verweigert wird.

Dieses weltanschaulich geprägte Bild der Familie verdeckt einen weiteren traurigen Aspekt der Wirklichkeit: 90 % der sexuellen Übergriffe von Erwachsenen an Kindern werden im Familienkreis begangen. In jeder fünften Familie wird regelmäßig Gewalt ausgeübt.

In Vorarlberg macht der Anteil der Männer, die eine Karez zur Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, nur die Hälfte des ohnehin geringen Bundesdurchschnitts von 1% aus. Damit ist Vorarlberg das Schlußlicht im österreichischen Vergleich. **Geschlechterrollen** werden vor allem unter dem Druck der ökonomischen Entwicklung und der Differenz zwischen Frauen- und Männereinkommen zementiert. Die Antwort der herrschenden Politik beschränkt sich auf Appelle ("Ganze Männer machen halbe-halbe"), die den Rollenunterschied auf eine Frage der Einstellung und des guten Willens reduziert.

## PRINZIPIEN UND ZIELE GRÜNER FAMILIENPOLITIK

Familien haben ein unbedingtes Anrecht auf finanzielle Absicherung und ein Anrecht auf eine ihnen gemäße Geschwindigkeit von Leben, Arbeiten und Wirtschaften.

Zeit schafft Raum für Zusammenleben. Dieser Raum ist die Voraussetzung für die Entwicklung von Autonomie und Verantwortung.

Ziel grüner Familienpolitik ist es, dem einzelnen Menschen ein **autonomes Leben** zu ermöglichen, in dem er die Verantwortung für diejenigen, mit denen er in Beziehung steht, wahrnehmen kann.

Wesentlichste Aufgabe des Staates ist es, die soziale Sicherheit seiner Bürger und Bürgerinnen und ihre Möglichkeit zur Teilhabe am öffentlichen Leben zu garantieren. Eine solidarische Gesellschaft baut auf freien und unabhängigen Individuen auf. Das Recht eines jeden Menschen auf die **freie Wahl der Form seines Zusammenlebens** mit anderen Menschen ist Ausgangspunkt grüner Familienpolitik.

Betreuungseinrichtungen haben auch für Kleinkinder jene sozialen Lernfelder anzubieten, die die Kleinfamilie nicht mehr bieten kann. Kinder haben ebenso Anspruch auf eine Grundsicherung wie Erwachsene (grünes Grundsicherungsmodell). Die staatliche Rechtspolitik ist insbesondere aufgerufen, dafür zu sorgen, dass Kinder Scheidungsfälle möglichst unbeschadet überstehen und dass kindgerechte Lösungen für die Ahndung von sexuellem Mißbrauch geschaffen werden.

Die **Bedürfnisse von Betreuungspersonen** müssen in gleichem Ausmaß berücksichtigt werden wie die der Kinder, damit die soziale Funktion der Familien nicht überfordert wird. Die Verantwortung der Gesellschaft für Betreuende und Pflegende erfordert flächendeckende Angebote zur Kinderbetreuung und zur Altenpflege sowie deren sozialrechtliche und finanzielle Absicherung. Damit kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso gefördert werden wie die Neuverteilung der Familienarbeit zwischen Männern und Frauen.

## **PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN GRÜNER FAMILIENPOLITIK**

Jede Gesellschaft hat Aufgaben der Kindererziehung, der Pflege- und Betreuungsarbeit zu leisten. Für viele Menschen ist das Leben mit Kindern eine zentrale Lebensperspektive. Politik hat die Rahmenbedingungen herzustellen, unter denen diese Perspektive von allen auch gelebt werden und Familie als Ort gestaltet werden kann, in dem zu allererst die Grundbedürfnisse von Kindern nach stabilen Beziehungen, nach Vertrauen, Sicherheit, Wärme und autonomer und freier Entwicklung befriedigt werden können. Wesentlichste Bedingung hierfür ist die **bedarfsorientierte Grundsicherung** für alle Menschen.

Kinder haben oder Pflegebedürftige betreuen darf nicht die existentielle Abhängigkeit vom Partner oder von der Partnerin und den Ausschluß aus dem Erwerbsleben bedeuten. Das **Recht auf Arbeit** - auch das Recht auf Teilzeitarbeit für Männer - ist ebenso Ziel der Politik wie die Verwirklichung des Prinzips "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit".

Ein **Sozial- und Einkommensbericht** für Vorarlberg muß die Ursachen der Einkommensschere zwischen erwerbstätigen Männern und Frauen offenlegen. Auf der Grundlage dieser Analyse müssen verbindliche politische Konzeptionen beschlossen werden, die gleichberechtigte Teilhabe und Einkommensgerechtigkeit fördern.

Die größte politische Herausforderung dabei ist die **Neuverteilung von Arbeit**. Bezahlte und unbezahlte Arbeit muß gerecht zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden. Die erforderliche Verteilungswirkung kann über eine Arbeitszeitverkürzung erreicht werden (siehe "Arbeit und Umwelt).

Je länger Frauen oder Männer durch Pflege- oder Kindererziehungsarbeit aus dem Erwerbsleben ausgestiegen sind, desto schwieriger wird die Rückkehr in den Arbeitsprozeß. Eine **flächendeckende und bedarfsorientierte Kinderbetreuung** muß deshalb sichergestellt werden. Neben den öffentlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung haben auch Privatinitiativen Anspruch darauf, unterstützt und gefördert zu werden. Kriterium der Förderungswürdigkeit ist dabei die Offenlegung der organisatorischen, finanziellen und pädagogischen Praxis.

# FREIHEIT UND TRANSPARENZ

## Das Kulturprogramm der Vorarlberger Grünen

*"In einer demokratischen Gesellschaft  
ist die Verantwortung für Kunst und Kultur  
öffentliche Aufgabe"*

### ZUM BEGRIFF DER KULTUR

Kultur ist die Befähigung des Menschen zur Selbstwahrnehmung. Sie macht den Menschen zum Menschen und zeichnet ihn vor allen anderen Lebewesen aus. Die Kultur entwickelt die **Kritikfähigkeit**, die **ästhetische Wahrnehmungsfähigkeit** und die **Urteilsfähigkeit** der Menschen in der Gesellschaft.

Kultur ist zugleich Grundlage und Ziel des gesellschaftlichen Fortschritts. Die KulturproduzentInnen - KünstlerInnen und Intellektuelle - haben eine **besondere Aufgabe in der Gesellschaft**: diese zur ästhetischen Wahrnehmung und zur reflektiven Erkenntnis anzuregen. Dies ist eine eminent politische Rolle, denn Bezugspunkt ist dabei letztlich immer die gesellschaftliche Existenz des Menschen.

Der Kulturbegriff der Grünen gründet auf den Parametern der **Moderne** - der Neuzeit der abendländischen Kultur - , wie sie insbesondere von der Aufklärung formuliert wurden: der Universalitätsanspruch der Menschenrechte, der für alle Menschen gültige Anspruch auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die Grünen unterstützen die permanente Auseinandersetzung mit diesen Ansprüchen und der Realität. Sie ergreifen die Verteidigung der Aufklärung gegen die Anstürme der Prä- und der Postmoderne.

Kulturelle Verfahrensweisen und Methoden der Darstellung sind in ihrer **Vielfalt** unbegrenzt. Gemeinsam ist ihnen aber die Tendenz, etwas **Gültiges** schaffen zu wollen: hierin manifestiert sich der Universalitätsanspruch der Moderne. Dabei treten Kulturschaffende und Intellektuelle regelmäßig und zwangsläufig in **Konflikt mit der Macht**: mit der Herrschaft der Ökonomie, der Technik und der Politik.

KünstlerInnen und Intellektuelle können ihre gesellschaftliche Aufgabe erfüllen, weil sie sich im Laufe der Geschichte einen **Status der Autonomie** erkämpft haben: die Freiheit von Kunst und

Wissenschaft ist verfassungsmäßig garantiert. Dennoch müssen sie diese Unabhängigkeit permanent gegen Übergriffe und Begehrlichkeiten der Macht verteidigen.

Die **Politik** hat die Kultur - deren integrativer Bestandteil sie im übrigen ist - in ihrem andauernden Ringen um Autonomie zu unterstützen. Sie hat die nötigen öffentlichen Räume zu schaffen und so die Auseinandersetzungen - deren Geburtshelfer (im Sinne Sokrates') KünstlerInnen und Intellektuelle sind - zu ermöglichen.

Intellektuelle und KünstlerInnen ihrerseits tragen eine wesentliche **Verantwortung für die Demokratie**. Sie haben einen festen Platz in der politischen Debatte, wobei die Formen ihres Eingreifens durchaus vielfältig und auch unter ihnen umstritten sind. Es "gibt keine wirkliche Demokratie ohne eine wahre kritische Gegenmacht. Von der bilden die Intellektuellen" - ebenso wie die KünstlerInnen, fügen wir hinzu - "einen Bestandteil, und zwar einen ersten Ranges." (Pierre Bourdieu)

Was Vorarlberg betrifft, so meinen die Grünen, daß die **Position der Kultur** gestärkt werden muß und daß Kulturschaffende auch zum stärkeren Eingreifen in wesentliche öffentliche Auseinandersetzungen ermutigt werden sollten. Daß ein solches Eingreifen durchaus von Erfolg gekrönt sein kann, zeigte sich etwa in der Auseinandersetzung um das Bekenntnis des Landes zur "christlich-abendländischen Kultur", das die politische Rechte Anfang der 80er-Jahre gerne in die Landesverfassung aufgenommen hätte.

## ZUR LAGE DER KULTUR IN VORARLBERG

Die Gegenwart ist geprägt durch eine Vielfalt kultureller und künstlerischer Strömungen. Die Konfrontationslinien, die die **Kulturdiskussion in den 70er Jahren** geprägt haben: hie Hochkultur, dort Alternativkultur, entsprechen nicht mehr der Wirklichkeit. Ein guter Teil der Initiativen aus der Gegenkultur-Szene hat sich etabliert oder kommerzialisiert.

**Drei Tendenzen bedrohen heute die Freiheit der Kunst** und der Kulturschaffenden: Ideologen des "freien" Markts billigen der Kunst nur mehr den Wert zu, den sie auf diesem Markt erzielt. Zum anderen opfert eine Budgetpolitik unter dem Ziel der Erfüllung der Währungsunion-Kriterien neben den sozialen Aufgaben des Staates und der Bildung auch die Kulturpolitik. Zuletzt diffamiert rechts-populistische Kulturstürmerei unliebsame Kulturproduktionen als "Staatskunst", unliebsame Kulturschaffende als "Staatskünstler".

Unter dem Druck auf die öffentlichen Haushalte versucht die Politik sich immer mehr ihrer Verantwortung für Kultur und Kunst zu entledigen. Privatisierung, Stiftungen, Fonds, Betriebsgesellschaften, Synergie oder Strukturbereinigung sind die technokratischen Schlüsselbegriffen, die auch die kulturpolitische Debatte immer mehr bestimmen. Mit dem Rückzug der Politik wird Kultur zunehmend dem "freien" Markt überlassen. Dies bewirkt **Uniformität, Eindimensionalität und kulturelle Verarmung.**

Das Land Vorarlberg hat seit einigen Jahren seine Kulturausgaben eingefroren. In absoluten Zahlen stagnieren sie, sinken aber anteilmäßig am Gesamthaushalt des Landes, zwischen 1996 und 1998 im Ausmaß von 6,5%. **Sparbudgets** betreffen in erster Linie die freien Kulturveranstalter, aber auch kulturpädagogische Einrichtungen mit künstlerischem Anspruch wie etwa die Musikschulen. Sie führen zur Polarisierung zwischen den Ansprüchen repräsentativer und denjenigen innovativer Kultur. Die Leidtragenden sind vor allem jene Kulturschaffenden, deren Produktionen nicht oder nur bedingt den Erfordernissen eines Marktes entsprechen.

Vorarlberg hat eine ganze Reihe von Künstlerinnen und Künstlern von überregionalem und internationalem Format hervorgebracht. Eine besonders innovative Entwicklung - abseits der Kulturpolitik des Landes - zeichnet die Baukunst seit den 70er-Jahren aus.

Im Gegensatz dazu wird Kultur immer stärker als Standortfaktor definiert, zu dessen Maßstab die Umwegrentabilität erhoben wird. Diese beschränkte Sichtweise verleitet Veranstalter dazu, nach den Kriterien des kapitalistischen Marktes zu planen. Kultur wird zur Behübschung, Kulturveranstaltungen zu "Events", KünstlerInnen zum prominenten Aufputz. Nicht-etablierte Kulturschaffende haben unter diesen Bedingungen immer beschränktere Arbeitsmöglichkeiten.

Kulturelles Schaffen kann nicht mit **betriebswirtschaftlichen Kriterien** wie etwa dem Eigenfinanzierungsanteil gemessen werden, da die Produktionsbedingungen höchst unterschiedlich sind. Insbesondere sind die Bregenzer Festspiele als spezielles Angebot in der touristischen Hochsaison anders zu bewerten als ganzjährige Veranstalter. Sommerfestspiele können weder Erfolgsmaßstab noch gar Schwerpunkt der Kulturpolitik sein.

Charakteristisch für die Vorarlberger Kulturpolitik ist das **Fehlen langfristiger Planung.** Besonders gravierend für Kulturschaffende ist dabei der Umstand, daß Kulturförderungen im Jahresabstand vergeben werden. Unter diesen Bedingungen wird langfristige Kulturarbeit unnötig behindert, und viele Kulturschaffende werden existentiellen Unsicherheiten ausgesetzt.

Die Haltung gegenüber der Kultur ist hierzulande von Vorbehalten geprägt. Engagement findet nur vor allem dort statt, wo es wirtschaftlich sinnvoll oder politisch opportun erscheint. Die Kulturpolitik ist gekennzeichnet durch **mangelnde Transparenz** in den Zielen und in der Vergabe von Förderungen. Entgegen dem auf Bundes- und europäischer Ebene üblichen Standard listet der Kulturbericht

des Landes die subventionierten Projekte ohne Förderungssummen auf. Kriterien fehlen ebenso wie Bewertungen. Eine Kulturdebatte findet nicht statt.

Charakteristisch für eine solche Kulturpolitik ist das **Mißverhältnis zwischen umbauter Kubatur und Betriebsbudgets von Kulturhäusern**. Einer großzügigen Bautätigkeit steht eine erstaunliche Zurückhaltung bei der Widmung von Betriebsmitteln gegenüber.

Die **mediale Monopolsituation** ist demokratiepolitisch bedrohlich und kulturell beengend. Nachdem der Printmediensektor hochprozentig konzentriert ist, geraten nun auch die elektronischen Medien immer stärker unter die Kontrolle eines einzelnen Unternehmens. Einziges Korrektiv ist das Landesstudio des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Als solches verdient es das besondere Augenmerk der Politik.

## **PRINZIPIEN UND ZIELE GRÜNER KULTURPOLITIK**

**Für die Grünen ist und bleibt die Verantwortung für Kunst und Kultur öffentliche Angelegenheit.** Dies ist integrativer Bestandteil unseres Bekenntnisses zur Demokratie.

Eine demokratische Kulturpolitik setzt Schwerpunkte und zeichnet sich durch Transparenz aus. Vorarlberg braucht dringend eine **Kulturdebatte**, die von Künstlerinnen und Künstlern, Publikum, Kritikerinnen und Kritikern geführt wird - ihr obliegt die Aufgabe der Bewertung. Politikerinnen und Politiker sind aufgefordert, sich an dieser Debatte zu beteiligen und Entscheidungen zu treffen. Sie haben aber keine Definitionsmacht darüber, was Kunst und Kultur ist oder sein soll.

Die Herstellung von **Kunst ist ein Beruf**, der wenigstens denselben Respekt verdient wie andere Tätigkeiten. Kulturschaffende sind keine Bittsteller. Sie haben ein Anrecht auf Finanzierung durch die öffentliche Hand im Rahmen von Richtlinien. Für den öffentlichen Diskurs einer demokratischen Gesellschaft sind sie unverzichtbar.

Sponsoring ist eine steuerschonende Unterstützung der Privat- und Werbewirtschaft. Es kann niemals die Verantwortung der öffentlichen Hand für die Kultur ersetzen. Staat und Politik dürfen sich nicht mit dem Hinweis auf Sponsorengelder aus ihrer Verantwortung stehlen. **Sponsoring kann nie mehr als ein zusätzliches Angebot sein.** Private Gelder kommen großen und kleinen Veranstaltern in höchst unterschiedlichem Ausmaß zugute. Außerdem fehlt hierzulande eine Sponsoringkultur.

Im Bereich Bildung ist der Hinführung zu Kunst und Kultur besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie ist vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung als Schwerpunkt zu werten und finanziell abzusichern. Über die musikalische Früherziehung bis hin zum Einrichten und Unterhalten von Proberäumen, Ateliers sowie einer aktiven Förderung durch Wettbewerbe ist das kreative Potential anzusprechen, aber auch Teilnahme an Kunst und Kultur festzuschreiben.

## PRIORITÄTEN GRÜNER KULTURPOLITIK

Dem Landtag ist jährlich ein **Kulturbericht** vorzulegen, der die inhaltlichen Leitlinien der Vorarlberger Kulturpolitik beschreibt, Schwerpunktsetzungen begründet, Ziele und Zeithorizonte definiert.

Das Land muß Förderungen für einen Zeitraum von mehreren Jahren garantieren können. **Planungssicherheit** muß gegeben sein. Die jährliche Berichtslegung der Subventionsnehmer über den Projektverlauf ist Bedingung. Bei einmaligen oder zeitlich begrenzten Aktivitäten müssen die Förderungen auch die für das Projekt erforderliche Vorbereitungsarbeit abdecken.

Die **Besetzung von Beiräten** soll nach den Prinzipien der Geschlechterparität, der zeitlich Begrenzten Funktionen und eines ausgewogenen Verhältnisses von Beamten zu Nichtbeamten vorgenommen werden.

Die öffentliche Hand hat vor allem jene **Projekte** zu fördern, die nach den Gesetzen des Marktes nicht bestehen können, sich aber in ästhetisch anspruchsvoller und innovativer Form mit menschlichen Problemen und gesellschaftlichen Fragen - wie z.B. mit dem Verhältnis der Geschlechter oder der Kulturen - auseinandersetzen. Zu fördern sind vor allem innovative Sehweisen und aktuelle Strömungen, wobei eine möglichst große Vielfalt gewährleistet sein muß.

Der künstlerische Gestaltungsspielraum der einzelnen Institutionen muß gewahrt bleiben.

Grundsätzlich können Strukturen auf ihre Entwicklungsqualität hin überprüft und den Anforderungen zielorientierten Handelns angepaßt werden. Verwaltungseinsparungen müssen in den produktiven Bereich fließen.

Das **Kulturbudget des Landes** muß jährlich wenigstens im selben Ausmaß wie das Gesamtbudget erhöht werden. Der im Budget frei verfügbare Anteil von Fördermitteln muß festgelegt werden. Bei mehrjährigen Förderungen hat sich das Land zumindest zur jährlich valorisierten Abgangsdeckung zu verpflichten.

Kulturschaffende geraten infolge des tendentiellen Rückzugs der öffentlichen Hand immer häufiger unter existentiellen Druck. Ihre **soziale Lage** ist grundlegend zu verbessern. Insbesondere hat das Land Angebote zur sozialrechtlichen Absicherung zu schaffen.

Es ist das Verdienst der Vorarlberger Kulturpolitik der vergangenen Jahre, daß dieses Land seit 1997 eines der **bemerkenswertesten Kunsthäuser Europas** hat. Dessen Renommee und Ausstrahlung muß dem Land ein besonderes Anliegen sein. Für eine entsprechende Ausstellungstätigkeit ist eine deutliche Aufstockung des Betriebsbudgets unabdingbar.

Vorarlberg braucht ein Ensembletheater. Von seiner Gründung nach dem 2. Weltkrieg an war das Theater für Vorarlberg ein ungeliebtes Kind. Die Rechtsform als Privattheater entspricht in keiner Weise mehr zeitgemäßen Standards. Struktur und Dotierung gehen zulasten der wünschenswerten und möglichen Qualität und einer angemessenen Honorierung der Schauspieler und Schauspielerinnen. Das Theater für Vorarlberg muß daher in ein **Landestheater** übergeführt und der Betrieb wenigstens im bisherigen Umfang sichergestellt werden.

Obwohl das musikpädagogische Angebot sehr groß ist, hat Vorarlberg als einziges Bundesland kein **Musikschulgesetz**. Die Arbeitsbedingungen, unter denen Musiklehrer arbeiten, sind teilweise unzumutbar. Ein Musikschul- und Musiklehrergesetz ist eine der dringlichsten kulturpolitischen Aufgaben des Landes. Darüberhinaus ist ein Konzept für die Arbeitsmöglichkeiten von MusikerInnen mit abgeschlossener Musikschulausbildung zu entwickeln.

Kulturpolitik hat ein besonderes Augenmerk auf **Jugendliche** zu richten. Ein spezielles Problem sind ihre Zugangsmöglichkeiten zu dem breit vorhandenen kulturellen Angeboten. Wir schlagen eine **Jugend-Kulturkarte** vor, die landesweit den ermäßigten Eintritt zu jeder Art von Kulturveranstaltung ermöglicht.

Zu einer offensiven Kulturpolitik können auch eigene Projekte des Landes gehören. Die Grünen schlagen als ein solches Projekt vor, die Stelle eines **Stadtbeobachters** bzw. einer **Stadtbeobachterin** auszuschreiben. Vorbild könnten etwa die Stadtschreiber von Frankfurt, Bern oder Zug sein. Ein/e Kulturschaffende/r wird eingeladen, über einen längeren Zeitraum hier zu leben, zu arbeiten und dabei seine/ ihre Außensicht auf Vorarlberg öffentlich zur Diskussion zu stellen .

## Das Grüne Modell der Grundsicherung

besteht aus:

Grundsicherung im Alter

Grundsicherung für Kinder und Jugendliche

Grundsicherung während erwerbsfreier Zeiten und Armut

Das **Grüne Pensionsmodell** (zwei-Säulen-Modell) zielt ab auf eine soziale Sicherung, die allen eine **eigenständige Altersversorgung** garantiert und darüberhinaus eine **Sozialversicherungspension** ermöglicht. Die Finanzierung der ersten Säule erfolgt aus Steuermitteln, die zweite Säule wird durch die Beitragsleistungen der Versicherten finanziert.

Grundsicherung im Alter bedeutet:

- Grundsicherung von 11.200 öS für (Ehe)Partner

- Grundsicherung von 8.000 öS für Alleinstehende

plus eine Versicherungspension, die bis maximal 32.000 öS aufgestockt wird

**Grundsicherung für Kinder und Jugendliche** soll die Teilhabe an Bildungsmöglichkeiten sichern und eine ausreichende finanzielle Existenzsicherung schaffen. Das System des Familienlastenausgleichs ist korrekturbedürftig, aber im Prinzip richtig. Jedes Kind soll dem Staat gleich viel wert sein. Familienförderung über Steuerfreibeträge wird von den Grünen abgelehnt, weil es Besserverdienende bevorzugt. Der AlleinerzieherInnenabsetzbetrag und der AlleinverdienerInnenabsetzbetrag soll verdoppelt, jedoch gedeckelt werden. Die Familienbeihilfe soll einheitlich 2.500 Schilling betragen, Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr soll sie direkt ausbezahlt werden.

Das grüne Modell von **Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit und Armut** geht über eine Reform des Sozialhilfesystems hinaus:

- 1) Keine Armutsfixierung: Grundsicherung **ergänzt** das bestehende Sicherungssystem (Arbeitslosenversicherung) durch Aufstockung von zu geringen Arbeitslosen- oder Notstandshilfegeldern, die Einbindung in die Arbeitslosenversicherung bleibt bestehen, Angebote des Arbeitsmarktservice (Qualifizierung, Vermittlung usw.) können genützt werden.
- 2) Grundsicherung **bedarfsbezogen**: jede Person ohne Einkommen kann die Grundsicherung erhalten, muß aber ihre Vermögenssituation offenlegen. Bestehende Unterhaltsverpflichtungen gehen in die Bedarfsprüfung ein.
- 3) Grüne Grundsicherung wird sozialpolitisch entworfen, nicht arbeitsmarktpolitisch. In erster Linie geht es um ein ausreichendes Existenzminimum, nicht um Lohnsubvention oder die Förderung eines Billiglohnarbeitsmarktes.